

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 12 04 38
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: DB 86 846 ppbn d

Inhalt

Hans-Jochen Vogel, SPD-Kanzlerkandidat, stellt fest, daß die Sozialdemokraten eine reelle Chance haben: Bessere Argumente.
Seite 1

Karsten D. Voigt MdB bedauert, daß sich die Union am Zerrbild der USA orientiert: Trotz Reagans Scheitern.
Seite 3

Rudi Schöfberger MdB fragt, ob die Ehrlichen die Dummen sein müssen: Höhere Steuerehrlichkeit erlaubt höhere Freibeträge.
Seite 4

Walter Edenhofer berichtet, daß die CDU-Sozialausschüsse den Lehrstellenschwindel unterstützen: Den Rest an Glaubwürdigkeit verlieren.
Seite 6

Rudolf Scharping MdL mahnt, daß die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen nicht versteckt werden darf: Kohls "Garantie" - ein Hohn.
Seite 7

Walter Momper MdA erinnert an die Reichstagswahlen vor fünfzig Jahren: Eine Welle von Nazi-Terror.
Seite 8

38. Jahrgang / 44

4. März 1983

Bessere Argumente

Die Sozialdemokraten haben eine reelle Chance

Von Dr. Hans-Jochen Vogel
Kanzlerkandidat der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der Wahlkampf für den 10. Deutschen Bundestag geht zu Ende. Er war kürzer, aber auch intensiver als frühere Wahlkämpfe. Die Themen des Wahlkampfes sind von Beginn an von uns bestimmt worden. Es sind dies die Fragen

- der sozialen Gerechtigkeit
- der Überwindung der Arbeitslosigkeit und
- der Sicherung des Friedens.

Auf allen drei Feldern sind die Unterschiede zwischen uns und der Union deutlich geworden:

- Die Union hat durch die schonende Behandlung der Einkommensstarken, durch die Verschlechterungen des Mietrechts und durch die Beseitigung der gleichen Bildungschancen für Arbeitnehmerkinder eklatant gegen die Gebote der sozialen Gerechtigkeit verstoßen. Wir werden in allen diesen Fällen die soziale Gerechtigkeit wiederherstellen.
- Die Union hat durch Passivität, die sie durch ständiges Reden von den sogenannten Selbstheilungskräften zu überdecken versucht, zugelassen, daß die Arbeitslosigkeit eine bedrückende Rekordmarke von jetzt über zweieinhalb Millionen erreicht hat. Jetzt spricht die Rechtskoalition von einem Aufschwung, den sie aus Indikatoren herleiten will, die maßgeblich von der Bundesregierung Helmut Schmidt gesetzt worden sind. Wir würden einen solchen Aufschwung der Konjunktur begrüßen. Aber wir wissen uns mit allen Fachleuten einig, daß er die - vor allem strukturell bedingte - hohe Arbeitslosigkeit nicht beseitigen könnte. Deshalb bestehen wir auf einer aktiven Beschäftigungspolitik einschließlich konsequenter Schritte zu Verkürzungen der Arbeitszeit.

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-

Printed in Germany
with recycled paper
Recycling-Paper



- Die Union will die Menschen schon jetzt auf die Stationierung neuer Raketen-systeme auf unserem Territorium einstimmen. Wir werden das äußerste tun, um zu einem radikalen Abbau sowjetischer Raketen zu kommen, der die Aufstellung neuer Systeme auf unserer Seite überflüssig macht.

Darüber hinaus zeichnet sich ab, daß ein Wahlsieg der Union innen- und außenpolitisch einen harten Ruck nach rechts bedeuten würde. Dies belegen nicht zuletzt die jüngsten Äußerungen von Bundesinnenminister Zimmermann über die Notwendigkeit einer "Wende" auch in der Außenpolitik, die er selbst mit dem Infragestellen der Oder-Heiße-Grenze in die Wege zu leiten versucht hat. Dies von Herrn Kohl versprochene Kontinuität der Außenpolitik ist damit aus den eigenen Reihen der Union aufgekündigt worden.

Der Wahlkampf war auch dadurch gekennzeichnet, daß die Union von Anfang an versucht hat, ein Klima der Diffamierung des Gegners und der Feindseligkeit zu erzeugen. Als Beispiele dafür stehen der "Verbrecher-Vorwurf" von Herrn Geißler gegen führende Sozialdemokraten, die Übernahme der "Lügen"-Floskel durch die Sprecher der Union in die politische Alltagssprache sowie die an die Jahre des "Kalten Krieges" erinnernde Hetze gegen politisch Andersdenkende, die man als moskauhörige Agenten und Hand-langer beschimpfte. In diesem Klima kam es dann auch im Zusammenwirken zwischen CSU-Politikern und dem Chefredakteur einer Sonntagszeitung und in völligem Gleich-klang mit der Nationalzeitung zu der beschämenden Diffamierung eines 15jährigen als verlängerter Arm Josef Goebbels.

Demgegenüber haben die Sozialdemokraten ihre Linie der Gelassenheit und ihren Wahl-kampfstil der besseren Argumente durchgehalten. Ich bin stolz darauf, daß es von mir bis heute, bis zum Abschluß des Wahlkampfes, keine zitierfähige Beleidigung gibt.

Ich habe seit dem 21. Januar 1983 in 122 Städten auf 159 Kundgebungen und sonstigen Veranstaltungen vor schätzungsweise 500.000 bis 600.000 Menschen gesprochen. Daher weiß ich: Die Sozialdemokraten und ihre Wählerschaft sind in einem Maße mobilisiert wie seit 1972 nicht mehr. Wir haben zusätzlich sowohl das Vertrauen vieler Arbeit-nehmer als auch das Vertrauen vieler junger Menschen neu, und, wo es verlorengegangen war, wieder gewonnen. Auch viele der Wählerinnen und Wähler, die sich 1980 für eine sozial-liberale Politik entschieden haben, werden ihre Stimme dieses Mal der SPD ge-ben. Schließlich haben wir besondere Resonanz bei den Frauen gefunden.

Nach allen Anzeichen wird es am Sonntag eine Rekordwahlbeteiligung geben. Ich begrüße das, weil eine hohe Wahlbeteiligung unsere Erfolgsaussichten weiter erhöht. Zugleich wird auf diese Weise der Versuch der Genscher-FDP, trotz ihres Wortbruchs wieder in den Bundestag zurückzukehren, um so sicherer scheitern. Er wird auch scheitern, weil die Wählerinnen und Wähler die Zweitstimmenkampagnen durchschaut und erkannt haben, daß gerade die Zweitstimme über den Einzug einer Partei in den Bundestag, über die Zusammensetzung des Bundestags und damit auch über die Wahl des Bundeskanzlers ent-scheidet.

Ich appelliere an die Bürgerinnen und Bürger: Lassen Sie sich weder durch den er-presserischen Druck einzelner Unternehmer, die ihre wirtschaftliche Macht rücksichts-los mißbrauchen, noch durch die Angstparolen der Union einschüchtern. Lassen Sie sich auch nicht durch tendenziöse Stellungnahmen von Meinungsforschungsinstituten beirren.

Wir Sozialdemokraten haben eine reelle Chance, am nächsten Sonntag von neuem zur poli-tisch führenden Kraft unseres Landes zu werden. Und nur wir können den Rückfall in die Vergangenheit, die endgültige Wende nach rechts, verhindern. Nur die Sozialdemo-kraten gewährleisten die Fortsetzung der Politik des inneren und äußeren Friedens, die Fortsetzung der Politik von Willy Brandt und Helmut Schmidt. (-/4.3.1983/ks/ca)

+ + +



Trotz Reagans Scheitern

Die Union orientiert sich am Zerrbild der USA

Von Karsten D. Voigt MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Helmut Kohl will dem deutschen Wähler eine Innen- und Außenpolitik nach Vorbild von Ronald Reagan verordnen. Und zwar in dem Augenblick, wo sich die Mehrheit im amerikanischen Kongreß zunehmend von den gescheiterten Konzeptionen des US-Präsidenten abzuwenden beginnt.

Kohl bekämpft nach wie vor - trotz steigender Arbeitslosenzahlen - ein staatliches Beschäftigungsprogramm. Der US-Kongreß hat demgegenüber soeben ein umfassendes Beschäftigungsprogramm beschlossen.

Helmut Kohl polemisiert gegen Hans-Jochen Vogel, weil dieser die Ziele der US-Freezebewegung unterstützt. Dabei zeichnet sich im US-Kongreß eine Mehrheit für eine Entschließung der Freezebewegung ab.

Helmut Kohl will unter Berufung auf US-Vorbilder der Bundesrepublik eine konservative Wende nach rückwärts verordnen. Und dies zu einem Zeitpunkt, wo diese konservative Wende in den USA als gescheitert betrachtet und durch den US-Kongreß korrigiert wird.

Die Union ist offensichtlich nur dann bereit, sich am Vorbild der USA zu orientieren, wenn dieses in ihre konservativen Vorurteile und Denkklišees hineinpaßt. Man erinnere sich: Konrad Adenauer versuchte, sich gegen die in den 60er Jahren von den USA begonnene Entspannungspolitik zu wehren. Man erinnere sich auch an die gaullistischen und amerikakritischen Äußerungen von Franz Josef Strauß aus den 50er und 60er Jahren.

Fazit: Die Union preist ein konservatives Zerrbild von den Vereinigten Staaten an, und kritisiert diejenigen, für die solche Zerrbilder keine Vorbilder sind, als anti-amerikanisch. Es wird nicht mehr lange dauern, dann wird der gleiche Franz Josef Strauß, der heute schon die amerikanischen Bischöfe beschimpft, wieder in seine anti-amerikanischen Ausfälle der 50er und 60er Jahre zurückfallen, weil in Amerika die berechtigte Hoffnung besteht, daß dort gegenüber der Regan-Administration wieder fortschrittlichere und vernünftiger Politiker das Sagen haben. (-/4.3.1983/ks/ca)

+ + +



Sind die Ehrlichen die Dummen?
-----**Höhere Steuerehrlichkeit erlaubt höhere Freibeträge****Von Dr. Rudi Schöfberger MdB****Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Rechtswesen der SPD-Bundestagsfraktion**

Nach Auskunft des Bundesfinanzministers hatten die privaten Haushalte in der Bundesrepublik folgende Einkünfte aus Geldvermögen (Spar und Bausparzinsen):

1977: 43,1 Milliarden DM	1980: 67,3 Milliarden DM
1978: 44,8 Milliarden DM	1981: 80,5 Milliarden DM
1979: 52,4 Milliarden DM	1982: 89,5 Milliarden DM

Seit dem Einkommensteuergesetz von 1920 sind Einkünfte aus Kapitalvermögen grundsätzlich steuerpflichtig, Paragraph 20 Einkommensteuergesetz.

In den letzten Jahren sind aber laut Bundesfinanzministerium nur folgende Einkünfte aus Geldvermögen steuerlich erfaßt worden:

1977: 7,9 Milliarden DM
1978: 9,6 Milliarden DM
1979: 10,0 Milliarden DM.

Allein diese Gegenüberstellung läßt den Schluß zu, daß Einkünfte aus Geldvermögen in erheblichem Maße entgegen Paragraph 20 Einkommenssteuergesetz nicht versteuert wurden.

Die dadurch hinterzogenen Steuern belaufen sich nach Auskunft des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesfinanzministerium auf derzeit jährlich sieben Milliarden DM.

Die kleinen und mittleren Sparer können diese astronomische Summe nicht hinterzogen haben. Denn sie erfreuen sich schon nach geltendem Recht beachtlicher Freibeträge auf Zinsen:

Sparfreibetrag	300,-- DM (ledige)	600,-- DM (verheiratete)
Werbungskostenpauschale	100,-- DM (ledige)	200,-- DM (verheiratete)
Freibetrag bei Nebeneinkünften (bis 24.000,-- / 48.000,-- DM Veranlagungsgrenze)	800,-- DM ledige)	1.600,-- DM (verheiratete)

Auch Grundfreibeträge und Altersfreibeträge können für die Steuerbefreiung von Zinsen genutzt werden.

Zinsen aus folgenden Sparvermögen sind bei Annahme einer fünfprozentigen Kapitalverzinsung heute schon steuerfrei:

Rente 1.500,-- DM monatlich	cirka 50.000,-- DM
Rentnerhepaar Rente 1.500,-- DM monatlich	cirka 24.000,-- DM
Arbeitnehmerehepaar 4.000,-- DM brutto monatlich	cirka 32.000,-- DM



Steuerhinterzieher sind, bis auf wenige Bagatellfälle, jene, die neben hohen anderen Einkünften erhebliche Zinssummen aus beträchtlichen Kapitalvermögen schöpfen. Um diese Steuerhinterzieher, nicht um die Klein- und Durchschnittssparer, geht es.

Es ist festzuhalten:

1. Wir Sozialdemokraten werden keine neue oder zusätzliche Steuerpflicht auf Einkünfte aus Kapitalvermögen (Zinsen) einführen. Sie gibt es seit langem.
2. Wir Sozialdemokraten wollen Steuerhinterziehung bekämpfen und Steuerehrlichkeit herstellen, damit nicht die Ehrlichen die Dummen sind.
3. Eine Quellensteuer (= Abführung des Steueranteils direkt durch das Geldinstitut an das Finanzamt, wie bei der Kapitalertragssteuer auf Aktien bereits üblich) wollen wir nicht, weil sie mit pauschalen Steuersätzen arbeiten müsste und daher reiche wie kleine Sparer ungerecht über einen Kamm scheren würde.
4. Denkbar wäre, die Geldinstitute zu verpflichten, dem zuständigen Finanzamt eine "Kontrollmitteilung" über ausgeschüttete Zinsen zu machen. Damit kann das Finanzamt die Steuererklärung prüfen.
5. Mit höherer Steuerehrlichkeit und dem so zu erzielenden Steuer Mehraufkommen wollen wir die bisherigen Freibeträge großzügig erhöhen, das heißt mindestens verdoppeln oder gar verdreifachen. Auf diese Weise schützen wir kleine und mittlere Sparer noch erheblich besser als bisher. Da muß ein Arbeitnehmer schon 100.000 DM oder ein Rentner schon 200.000 DM auf dem Sparkonto haben, bis er einen Teil der Zinsen versteuern muß.

CDU/CSU und FDP versuchen jetzt in infamer Weise, den Sparern Angst einzujagen und sie vor den Sozis zu warnen. Ihnen ist jedes Mittel recht.

Es stört die Unions-Patentchristenheit dabei wenig, daß sie sich für kriminelles Unrecht, das heißt für Steuerhinterziehung in Milliardenhöhe stark macht und die Ängste der kleinen Sparer mobilisieren will, um mit der damit gewonnenen politischen Macht dafür zu sorgen, daß die großen Steuerbetrüger den Fiskus weiter prellen können.

Wie verkommen sind Parteien eigentlich, die Altenheime, Behinderte, Kranke, Arbeitnehmer, Rentner, Mieter, Schüler schamlos schröpfen und gleichzeitig der kriminellen Steuerhinterziehung von sieben Milliarden DM das Wort reden? (-/4.3.1983/ks/ca)

+ + +



Den Rest an Glaubwürdigkeit verloren

CDU-Sozialausschüsse unterstützen Lehrstellenschwindel

Von Walter Edenhofer

Leiter des Referats für Arbeitnehmerfragen beim SPD-Parteivorstand

"Kohl hat es geschafft: Jeder erhält einen Ausbildungsplatz. Die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft haben Bundeskanzler Kohl für dieses Jahr eine Lehrstellen-Garantie für alle ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen Jugendlichen gegeben", so steht es auf der Titelseite der neuesten Ausgabe der von den CDU-Sozialausschüsse herausgegebenen Zeitung "di - Betriebsinformation".

Damit verbreiten die Sozialausschüsse bewußt die Unwahrheit.

Das Gespräch mit Vertretern der Gewerkschaften und der Wirtschaft im Bundeskanzleramt hat nach den übereinstimmenden Erklärungen von Esser, Breit und Blüm ergeben, daß es eine Lehrstellen-Garantie nicht gibt. Das Versprechen von Kohl und die Zusagen der Wirtschaft sind außerdem an so viele Voraussetzungen geknüpft, daß sich das ganze als eine große Seifenblase erweist: Einen Ausbildungsplatz kann danach nur erhalten, wer a/ ausbildungswillig, b/ ausbildungsfähig und c/ wer bereit ist, seinen Wohnort zu wechseln. Die Kaltblütigkeit, mit der 14-15jährige Jugendliche gezwungen werden sollen, ihre Familie zu verlassen, ist bezeichnend für die politisch-moralische Erneuerung, von der Kohl immer wieder spricht.

Politischer Druck auf die Arbeitnehmer ("Wer am 6. März SPD wählt, gefährdet seinen eigenen Arbeitsplatz"), Pressionsversuche durch CDU-nahestehende Unternehmer in Betrieben mit dem Ziel, auf die Wahlentscheidung der Arbeitnehmer Einfluß zu nehmen und Schwindel mit Ausbildungsplätzen - das ist der Wahlkampfstil der Union und ihrer Helfershelfer.

Die Sozialausschüsse tragen das alles mit und unterstützen die Mogelpackungspolitik der Regierung. Sie haben damit den Rest an Glaubwürdigkeit und Selbstbewußtsein verloren.

(-/4.3.1983/ks/ca)

+ + +



Kohls "Garantie" - ein Hohn

Die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen darf nicht versteckt werden

Von Rudolf Scharping MdL

Parlamentarischer Geschäftsführer der rheinland-pfälzischen SPD-Landtagsfraktion

Das Verhalten der Arbeitsverwaltung und der Arbeitgeber, die Zahlen zur Ausbildungssituation vor Wahlterminen nicht zu veröffentlichen, muß scharf kritisiert werden. Dies zumal die Zahlen einen mehr als besorgniserregenden Trend erkennen lassen.

Immerhin sieht es in Rheinland-Pfalz so aus:

- Gegenüber dem Vorjahr ist das Angebot an Ausbildungsplätzen in Rheinland-Pfalz bisher um 22 Prozent rückläufig, nämlich von 16.400 auf 12.800 (Oktober bis Dezember 1982).
- Diese Zahlen entsprechen dem gleichen Trend im gesamten Landesarbeitsamtsbezirk. Dort ist bis Dezember 1982 ein Rückgang der gemeldeten Ausbildungsstellen von 22.015 auf 17.271 zu verzeichnen.
- Das Ausbildungsdefizit wird noch größer durch gestiegene Zahlen der Bewerber um Ausbildungsstellen. Für das Landesarbeitsamt wird bisher ein Plus von 2.924 Bewerbern (= 14,1 Prozent) und damit von 20.803 auf 23.727 registriert (bis Dezember 1982).
- Die Arbeitsverwaltung bemüht sich, auf Nürnberger Anweisungen hin, diese Zahlen zu unterdrücken. Sie müssen aber bekannt gemacht werden, weil sie einen Trend vermitteln. Dieser Trend entlarvt die Gesundheitserei von der sogenannten Ausbildungsgarantie als ein unverantwortliches Spiel mit steigenden Ausbildungsproblemen der Jugendlichen.

Dazu noch ein paar andere Zahlen:

1982 ging die Zahl der Ausbildungsverträge bei den Industrie- und Handelskammern um 516 zurück, beim Handwerk stieg sie dankenswerterweise noch etwas. 1982 betrug die sogenannte Angebots-Nachfrage-Relation nur noch 95,6 Prozent: Für 100 Bewerber gab es nur noch 95,6 Ausbildungsplätze, der schlechteste Wert seit 1976. Die Relation ist regional unterschiedlich. Sie betrug im Arbeitsamtsbezirk Bad Kreuznach 93,9 Prozent, in Trier 93,8 und in Pirmasens 87,3 Prozent. Das beweist, wie unverantwortlich die Aufgabe des sogenannten Engpaßprogramms durch die Landesregierung war und ist. 1981 fanden 2.087 Jugendliche keinen Ausbildungsplatz, 1982 waren es 2.879 Jugendliche in Rheinland-Pfalz.

Fazit: Die Kohlsche Ausbildungsgarantie verkommt zum Hohn. (-/4.3.1983/ks/ca)

+ + +



Eine Welle von Nazi-Terror

Vor 50 Jahren: Reichstagswahlen trotz Verfolgung

Von Walter Momper

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin

Nachdem Hitler Reichskanzler geworden war, wollte er die ganze Macht im Reiche. Er ließ den Reichstag durch Hindenburg auflösen und schrieb Neuwahlen zum 5. März 1933 aus mit dem erklärten Ziel, die absolute Mehrheit im Reichstag zu erringen. Im Februar brandet eine Welle von Nazi-Terror über das Land. Seit dem 22. Februar sind Teile der SA in Preußen als Hilfspolizisten zur Entlastung der ordentlichen Polizei in Sonderfällen eingesetzt. Hermann Göring formt die preußische Polizei zu einem Terrorinstrument der Nationalsozialisten um. In allen Teilen des Reiches sind kommunistische und sozialdemokratische Einrichtungen von Überfällen bedroht, kaum eine Versammlung kann noch ohne Schlägereien mit den Nazis durchgeführt werden. Während die Parteispitze der SPD in Berlin noch relativ unbehelligt bleibt, wird insbesondere die sozialdemokratische Presse drangsaliert, um sie als Wahlkampfinstrument auszuschalten. Der Vorwärts wird am 4. Februar für vier Tage verboten, am 14. Februar wird er erneut für eine Woche verboten. Begründet wurde das Verbot damit, daß in einem Artikel Friedrich Stampfer über die nationalsozialistischen Ausschreitungen gegen kommunistische Einrichtungen in Eisleben berichtet und sie kommentiert hatte. In Eisleben hatten mehrere hundert bewaffneter SA-Leute eine Buchhandlung und die Zeitungs-Filiale der KPD und die Turnhalle der Arbeitersportler, in der ein Kinderfest stattfand, überfallen, die Einrichtungen zerstört und sogar Kinder mißhandelt. Bei der Abwehr der Nazis gab es Tote und Schwerverletzte.

Verboten waren die Reichsbanner-Zeitung, die Metallarbeiter-Zeitung, das Berliner Gewerkschaftsblatt "Aufwärts", die Dortmunder Volkszeitung, die Königsberger Volkszeitung, das Volksblatt Spandau, das Barmener Tageblatt und die Freie Presse Elbing; alles sozialdemokratische oder Gewerkschaftszeitungen. Am 27. Februar hielten die Berliner Sozialdemokraten eine Gedenkfeier zum 50. Todestages von Karl Marx ab. Die Feier wird von Franz Künstler eröffnet und mit Musik aus Beethovens Egmont eingeleitet. Der Neuköllner Sängerkor Inbioniert Uthmanns "Heiliges Feuer". Alexander Stein trägt die Grabrede vor, die Friedrich Engels am 17. März 1883 auf dem Friedhof zu Highgate Karl Marx gewidmet hat. Hauptredner des Abends ist Friedrich Stampfer. Am Anfang seiner Rede stellt er fest: "Um ein Antimarxist zu sein - dazu braucht man gar nichts zu wissen!" Er erntet die stürmische Heiterkeit und den tösenden Beifall des vollbesetzten Sportpalastes. In diesem Moment wird die Kundgebung durch die Polizei für aufgelöst erklärt. Tausende erheben sich, um immer und immer wieder in die Rufe "Freiheit" und "Berlin bleibt rot" auszubrechen. Franz Künstler beruhigt die Genossen und mahnt sie, sich nicht provozieren zu lassen.

Auf dem Höhepunkt der Wahlkampagnen in der Nacht vom 27. auf den 28. Februar brannte der Reichstag. Gegen 22 Uhr hatte Rudolf Brendemühl die Nachricht telefonisch an die Vorwärts-Redaktion durchgegeben, so daß die Nachricht auf Seite eins in das Blatt genommen werden konnte. Kurz nach Mitternacht wurde in der Setzerei noch gearbeitet, der Druck lief auf vollen Touren und die Expedition bereitete sich auf die Auslieferung vor. Plötzlich kam die Schutzpolizei mit ihren Transportwagen in den Hof der Lindenstraßen-Gebäude gefahren. Sogleich wurden in der Expedition die fertigggedruckten Exemplare beschlagnahmt. Die Polizei ordnete an, daß die Packer die Vorwärts-Ausgabe vom 28. Februar auf die Polizeiwagen laden sollten. Die Packer weigerten sich, so daß die Polizisten die fertigggedruckten Exemplare selbst aufladen



mußten. Nach einigem Hin und Her wurde schließlich die Rotation angehalten. Der die Aktion leitende Polizeioffizier legte eine per Funkspruch mitgeteilte Verfügung des preußischen Ministeriums des Inneren vor, wonach alle sozialdemokratischen Druckschriften im Lande Preußen auf zwei Wochen verboten waren. Dürftig begründet wurde dieses Verbot mit der Aussage van der Lubbes über Verbindungen zur deutschen Sozialdemokratie. Gegen eine Reihe von sozialdemokratischen Journalisten wurde Haftbefehl erlassen. Wie in Berlin so wurde auch gegen die übrige sozialdemokratische Presse im Lande Preußen noch in der Nacht vorgegangen.

Damit war die Partei ihrer Publikationsmittel im Wahlkampf beraubt. Durch die am 28. Februar aufgrund des Notverordnungs-Artikels 48 der Weimarer Reichsverfassung vom Reichspräsidenten erlassene Verordnung "Zum Schutze von Volk und Staat" wurden zahlreiche Grundrechte außer Kraft gesetzt. Die persönliche Freiheit, die freie Meinungsäußerung, die Pressefreiheit, das Vereins- und Versammlungsrecht wurden eingeschränkt. Für Hochverrat wurde die Todesstrafe angedroht. Damit war die Weimarer Reichsverfassung faktisch aufgehoben. Bis zum Ende der Hitler-Diktatur bleibt diese Notverordnung in Kraft.

Obwohl die SPD in Preußen ihrer Presse beraubt war, obwohl Mitglieder und Funktionäre tagtäglich von den Schlägerkolonnen der Nationalsozialisten bedroht waren, obwohl eine Reihe von Parteijournalisten und Funktionären bereits in Haft genommen war, stimmten 7,1 Million Wähler bei der Reichstagswahl am 5. März 1933 für die SPD. Das waren 18,3 Prozent der abgegebenen Stimmen. Für die KPD gaben 4,8 Millionen Wähler ihre Stimme ab, das waren 12,3 Prozent der Wähler. Die Nationalsozialisten, die die bürgerlichen Parteien weitgehend aufgesogen hatten, erreichten 17,2 Millionen Wählerstimmen. Das waren 43,9 Prozent der abgegebenen Stimmen. Ihr Wahlziel, die absolute Mehrheit hatten sie trotz des Terrors nicht erreicht. Vor der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz am 23. März mußten die kommunistischen Reichstagsabgeordneten noch ausgeschaltet werden, um die Mehrheit für die Annahme des Gesetzes zu sichern.

Der Vorwärts und die übrige sozialdemokratische Presse in Preußen blieben vom 28. Februar an verboten. Am 13. März wurde das Zeitungsverbot in Preußen um weitere vierzehn Tage verlängert, am 27. März wurde es erneut verlängert. Am 10. März 1933 erschien als wohl letzte sozialdemokratische Zeitung im Reichsgebiet die Bremer Volkszeitung. Am 10. Mai 1933 wurden das gesamte Vermögen der Sozialdemokratischen Partei in Deutschland beschlagnahmt und damit die letzte Möglichkeit genommen, den Kampf legal zu führen. Die Partei und ihre Zeitung lebten aber weiter. Am 18. Juni 1933 gab der Exil-Vorstand in Prag die erste Ausgabe des Neuen Vorwärts heraus, der in Karlsbad gedruckt wurde und in zahlreichen Exemplaren über die Grenzen in Reichsgebiet geschmuggelt wurde. (-/4.3.1983/bgy/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

